

Antikorrptionsklausel für Verträge über Lieferungen und Dienstleistungen

Antikorrptionsklausel und Wettbewerbsbeschränkungen

FhG und der Auftragnehmer erklären ihren uneingeschränkten Willen jeglicher Form von Korruption oder Wettbewerbsbeschränkungen entgegenzuwirken. Es wird daher folgendes vereinbart:

- (1) Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsgründe ist FhG berechtigt, den Vertrag fristlos nach § 314 BGB zu kündigen, wenn Ausschlussgründe im Sinn von § 6 Nr. 5 c - e VOL/A vorliegen. Ausschlussgründe sind insbesondere
 - (a) die Unzuverlässigkeit von Unternehmen wegen einer nachweislichen schweren Verfehlung (z. B. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr, § 299 StGB; Vorteilsgewährung, § 333 StGB; Bestechung, § 334 StGB) oder sonstigen erheblichen Rechtsverstößen, die geeignet sind die Zuverlässigkeit des Auftragnehmers grundsätzlich in Frage zu stellen;
 - (b) die nicht ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung;
 - (c) vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf Zuverlässigkeit, Fachkunde oder Leistungsfähigkeit.
- (2) Ausschlussgrund nach Abs. 1 ist auch,
 - (a) die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinn von § 298 StGB beruhen;
 - (b) die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des GWB, insbesondere die Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) sowie über die die Festlegung von Preisempfehlungen;
 - (c) der Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen (§ 17 UWG) oder die Verwertung von Vorlagen (§ 18 UWG);
 - (d) das unmittelbare oder mittelbare in Aussicht stellen, Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Geschenken, anderen Zuwendungen oder sonstigen Vorteilen an FhG

oder deren Mitarbeiter oder von dieser beauftragter Dritter, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages betraut sind, oder diesen nahestehenden Personen. Davon nicht erfaßt ist sozial adäquates Verhalten, wie die Annahme von geringfügigen Aufmerksamkeiten bis zu einem Wert von € 25,-- (z. B. Reklameartikel einfacher Art wie Kugelschreiber oder Kalender) oder die Teilnahme an Bewirtungen, die das Übliche und Angemessene nicht überschreiten oder ihren Grund in den Regeln des Verkehrs und der Höflichkeit haben und nicht abgelehnt werden können, ohne gegen gesellschaftliche Formen zu verstoßen.

- (3) Kündigt FhG nach den Bestimmungen des Abs. 1 den Vertrag aus wichtigem Grund, so hat FhG den Wert bereits erhaltener Lieferungen oder in Anspruch genommener Leistungen dem Auftragnehmer anteilig im Rahmen des Vertragspreises zu vergüten. Ein darüber hinausgehender Anspruch des Auftragnehmers auf Vergütung oder Schadensersatz ist ausgeschlossen.
- (4) Handelt der Auftragnehmer den Bestimmungen der Abs. 1 und 2 schuldhaft zuwider, hat er FhG eine Vertragsstrafe zu zahlen, gleich ob FhG von seinem Kündigungsrecht Gebrauch macht oder nicht. Die Höhe beträgt das 50-fache des Wertes der angebotenen, versprochenen oder gewährten Vorteile in den Fällen des Abs. 1 (a) und 2 (d) bzw. das 50-fache der ersparten Aufwendungen oder des verursachten Schadens in den übrigen Fällen der Abs. 1 und 2, höchstens jedoch 5 % des gesamten Auftragsspreises ohne Umsatzsteuer. Die Geltendmachung eines Schadens nach Abs. 5 bleibt von der Vertragsstrafe unberührt.
- (5) Der Auftragnehmer hat FhG alle Schäden zu ersetzen, die unmittelbar oder mittelbar durch die Kündigung des Vertrages entstehen. Soweit der Auftragnehmer nach Abs. 4 eine Vertragsstrafe verwirkt hat, wird diese auf den Schadensersatz angerechnet.

***** ENGLISH *****

Anticorruption clause for agreements on deliveries and services

Anticorruption clause and restraints of competition

FhG and the Contractor declare their absolute intention to counteract any form of corruption or restraints of competition. The following is therefore agreed upon:

- (1) Notwithstanding other grounds for termination and cancellation, FhG is authorized to terminate the agreement without notice in accordance with Section 314 BGB [German Civil Code] in the presence of exclusion criteria in the sense of Article 6 No. 5 c - e VOL/A [Contract Awards for Public Supplies and Services - Part A]. In particular, exclusion criteria are:
 - (a) The unreliability of companies due to verifiable grave misconduct (e.g., Taking and giving bribes in commercial practice, Section 299 StGB [German Criminal Code]; Giving bribes, Section 333 StGB; Giving bribes as an incentive to the recipient's violating his official duties, Section 334 StGB) or other significant statutory violations that are suitable for fundamentally casting doubt on the reliability of the Contractor;
 - (b) Failure to meet the due obligation to pay taxes and fees as well as contributions to legal social insurance;
 - (c) Wilfully and knowingly making incorrect statements with regard to reliability, technical qualification or capability.
- (2) Also an exclusion criterion in accordance with Par. 1 is:
 - (a) Making offers based on agreements that restrict competition in the sense of Section 298 StGB;
 - (b) Participation in improper restraints of competition in the sense of the GWB [German Act Against Restraints of Competition], particularly the agreement with third parties regarding the making or non-making of offers, regarding the prices to be demanded, regarding the payment of defrayment of costs incurred (profit sharing or other fees) as well as the setting of recommended prices;
 - (c) Disclosure of trade and industrial secrets (Section 17 UWG [German Act Against Unfair Competition]) or the use of models (Section 18 UWG);
 - (d) The direct or indirect announcement, offer, promise or granting of gifts, other contributions or other advantages to FhG or its employees or to third parties commissioned by the same who are entrusted with the preparation, completion or performance of the

contract, or to persons related to these. Not included here is socially appropriate behaviour, such as the acceptance of insignificant gifts with a value of up to € 25.00, (e.g., promotional articles of a simple kind such as pens or calendars) or participation in hospitality events that do not exceed what is customary and appropriate or that have their grounds in the rules of commerce and courtesy and that cannot be refused without violating social forms.

- (3) Should FhG terminate the agreement for cause in accordance with the provisions of Par. 1, FhG shall proportionately, in the framework of the contractual price, compensate the Contractor for the value of deliveries already received or of services of which it has already availed itself. Any more extensive claim to remuneration or damage compensation on the part of the Contractor is excluded.
- (4) If the Contractor culpably acts contrary to the provisions of Par. 1 and 2, the Contractor shall pay FhG a contractual penalty, no matter whether or not FhG makes use of its right to terminate. The amount shall be 50 times the value of the offered, promised or granted advantages in the cases of Par. 1 (a) and 2 (d) or 50 times the saved expenses or caused damages in the remaining cases of Par. 1 and 2, however not more than 5% of the total order price without value added tax. The claim for damages in accordance with Par. 5 is not affected by the contractual penalty.
- (5) The Contractor shall compensate FhG for all damages that result directly or indirectly from the termination of the agreement. As far as the Contractor has forfeited a contractual penalty in accordance with Par. 4, this penalty is to be chargeable additionally to the damage compensation.



ALLGEMEINE EINKAUFBSBEDINGUNGEN (AEB) DER FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT (FHG) MÜNCHEN

1. Allgemeines

- 1.1 Diese Einkaufsbedingungen finden Anwendung auf Kauf-, und Werkverträge sowie Mischformen hiervon zwischen der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. München, (im Folgenden "FHG") und dem Auftragnehmer (im Folgenden "AN"). Sie gelten gegenüber Unternehmern, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen (§ 310 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch, BGB).
- 1.2 Der Vertragsschluss erfolgt ausschließlich auf der Grundlage der in Ziff. 4.2 genannten Bestimmungen. Allgemeine Geschäftsbedingungen des AN werden nicht Bestandteil des Vertrags. Etwas anderes gilt nur, wenn die FHG ausdrücklich schriftlich zustimmt. Die stillschweigende Annahme von Lieferungen oder Leistungen des Auftragnehmers sowie Zahlungen durch den Besteller bedeuten kein Einverständnis mit entgegenstehenden Bedingungen des Auftragnehmers.

2. Angebote

Das Angebot muss den Spezifikationen der Anfrage/Ausschreibung entsprechen. Der Aufwand zur Erstellung von Angeboten und der Überlassung ergänzender Unterlagen oder Information wird nicht vergütet.

3. Preise

Die Preise sind Festpreise ohne Umsatzsteuer. Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands und dem EU-Ausland DDP an den benannten Bestimmungsort oder zu der benannten Stelle an dem Bestimmungsort gem. Incoterms 2020 inklusive Entladung. Aus dem Nicht-EU-Ausland erfolgt die Lieferung DAP Empfangsort gem. Incoterms 2020 inklusive Entladung. Wird nichts anderes vereinbart, so hat der AN eine Transportversicherung abzuschließen und die Kosten dafür, sowie die Kosten für Zoll und Verpackung zu tragen.

4. Auftrag/Auftragsbestätigung

- 4.1 Der Auftrag/Vertrag bedarf der Textform. Dies gilt auch für Änderungen. Die FHG kann den Auftrag widerrufen, wenn der Auftragnehmer ihn nicht innerhalb von zwei Wochen nach Eingang schriftlich bestätigt hat (Auftragsbestätigung).
- 4.2 Für die Erfüllung des Auftrages der FHG über Lieferungen und Leistungen haben in folgender Reihenfolge Gültigkeit:
 - das Auftrags schreiben mit den darin enthaltenen besonderen Vertragsbedingungen,
 - die Vertragsunterlagen (Leistungsbeschreibung und etwaige Ergänzende Vertragsbedingungen),
 - bei Verträgen die VOL/A, UVgO oder VgV unterliegen: Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils bei Auftragserteilung geltenden Fassung,
 - diese AEB,
 - die einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften und Auflagen einschließlich Norm- und Unfallverhütungsvorschriften, z.B. CE, VDE, ElektroG usw., in der jeweils am Tage der Lieferung geltenden Fassung.

5. Weitergabe von Aufträgen an Dritte

Die Weitergabe von Aufträgen an Dritte und die Vergabe von Teilleistungen an Unterauftragnehmer ist ohne schriftliche Zustimmung der FHG unzulässig. Jede Zuwiderhandlung berechtigt die FHG, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.

6. Liefertermin

Die von der FHG vorgegebenen Liefertermine sind verbindlich (relatives Fixgeschäft). Ist eine Überschreitung des Liefertermins zu erwarten, so hat der AN dies unter Angabe der Gründe und der zu erwartenden Dauer der FHG unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Etwaige Verzugsfolgen werden durch diese Anzeige nicht berührt.

7. Terminsicherung

- 7.1 Im Falle des Verzugs ist die FHG nach vorheriger Androhung berechtigt, für jede angefallene Woche des Verzugs eine Verzugsentschädigung in Höhe von 0,5 % des Wertes desjenigen Teiles der Leistung, der nicht genutzt werden kann, insgesamt jedoch höchstens 5 % des Auftragswertes, zu beanspruchen.
- 7.2 Die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzansprüche bleibt vorbehalten.

8. Versand, Zoll und Exportkontrolle

Die Lieferung erfolgt gemäß den Bedingungen aus Ziffer 3, zudem ist ihr ein Lieferschein beizufügen. Bei Lieferung aus dem Zoll-Ausland hat sich der AN rechtzeitig mit der angegebenen Verwendungsstelle wegen der Zoll- und Einfuhrabwicklung in Verbindung zu setzen. Der AN hat der FHG rechtzeitig schriftlich mitzuteilen: den HS Code, das Ursprungsland und sofern von FHG angefordert: Lieferantenerklärungen zum präferenziellen Ursprung (bei europäischen AN) oder Warenverkehrsbescheinigungen (bei AN aus nicht-europäischen Ländern). Der AN hat der FHG – sofern zutreffend – ebenfalls rechtzeitig und schriftlich mitzuteilen: die Erfassung des zu liefernden Gutes von einer Position des Anhangs I der EG-Dual-Use-Verordnung oder der deutschen Ausfuhrliste, die Erfassung in der U.S. Commerce Control List (konkrete ECCN oder als „EAR99“) oder der USML (USML Classification No.). Diese Informationen sind in sämtlichen relevanten Unterlagen (insbesondere Angebot, Lieferschein und Rechnung) anzugeben. Der AN trägt sämtliche Aufwendungen und Schäden, die FHG aufgrund des Fehlens oder der Fehlerhaftigkeit dieser Informationen entstehen.

9. Abnahme

Ist eine Abnahme vorgesehen, obliegt der entsprechende Nachweis dem AN. Ist ein Probebetrieb vorgesehen, so wird die Abnahme nach einwandfreiem Probelauf erst durch ein gemeinsam zu unterzeichnendes Abnahmeprotokoll festgestellt.

10. Rechnungsstellung

- 10.1 Alle Rechnungen sind unter Angabe der FHG-Auftragsnummer an die im Auftrags schreiben angegebene Liefer-/Leistungsadresse oder an die angegebene Rechnungsadresse zu richten. Solange die FHG-Auftragsnummer fehlt, werden Zahlungsansprüche des AN nicht fällig.
- 10.2 Für jeden Auftrag ist eine gesonderte Rechnung zu stellen. Die Rechnungen sind dem Auftrags schreiben entsprechend zu gliedern. Die Teil- und Schlussrechnungen sind als solche zu bezeichnen.
- 10.3 Die FHG Umsatzsteuer-Identifikations-Nr. (UIN) lautet DE 129 515 865. Die ausgestellte Rechnung muss die im Auftrag genannte UIN ausweisen.

11. Zahlungen

- 11.1 Zahlungs- und Skontofristen beginnen frühestens mit dem Rechnungs- und dem Wareneingang; falls eine Abnahme vorgesehen ist, mit der Abnahme der Lieferung/Leistung.
- 11.2 Die FHG gerät nur aufgrund einer Mahnung in Verzug, § 286 Absatz 3 BGB gilt nicht.

12. Gefährübergang

Die Gefahr geht mit dem Wareneingang und, falls eine Abnahme vorgesehen ist, nach Abnahme der Lieferung/Leistung auf die FHG über.

13. Mängelhaftung

- 13.1 Die festgelegten Spezifikationen und Funktionen gelten als vertraglich vereinbart. Der AN sichert ihre Einhaltung zu, mit der Folge, dass er bei ihrer Nichterfüllung nicht nur für Schäden am Vertragsgegenstand selber, sondern auch für Schäden, die an anderen Rechtsgütern entstehen, haftet (§ 14 Nr. 2 b) VOL/B). Dies gilt nicht, wenn der AN die für den Schaden kausale Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.
- 13.2 Die bei der Mängelbeseitigung vom AN zu tragenden Kosten umfassen in jedem Falle die Aufwendungen für die Durchführung der Mängelbeseitigung sowie für die Verpackungs-, Transport- und Versicherungskosten.
- 13.3 Die Mängelhaftung bezieht sich auch auf Ersatzlieferungen und Leistungen einschließlich Nachbesserungsarbeiten. Die Verjährungsfrist für die Mängelansprüche wird ab dem Zugang der schriftlichen Mängelanzeige gehemmt, bis der AN den Mangel erfolgreich beseitigt oder die Ansprüche auf (weitere) Nachbesserung abgelehnt hat. Nach Abschluss der Mängelbeseitigung beginnt die Verjährungsfrist erneut.

14. Einhaltung von Normen

- 14.1 Der AN stellt sicher, dass geeignete Maßnahmen zur Korruptionsprävention sowie zur Verhinderung von Beschleunigungszahlungen im Ausland und Zuwendungen an Abgeordnete getroffen werden.
- 14.2 Der AN hat das einschlägige Recht seines Sitzlandes sowie der Länder, in denen er im Rahmen des Vertragsverhältnisses mit FHG tätig ist, einzuhalten. Sollten sich Vorschriften der relevanten Länder widersprechen, so rangieren gesetzliche Normen vor untergesetzlichen Normen. Im Falle sich widersprechenden Rechts auf gleicher Stufe resultiert kein Vertragsbruch aus der Einhaltung einer der Normen und dem daraus resultierenden Verstoß gegen eine andere. Der AN verpflichtet sich, durch sorgfältige Auswahl seiner Unterauftragnehmer und Zulieferer und deren zumutbarer Überwachung darauf hinzuwirken, dass auch durch diese im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis mit der FHG keine Rechtsverstöße begangen werden.
- 14.3 Der AN verpflichtet sich ferner, die in den ILO-Kernarbeitsnormen (www.ilo.org) festgelegten Mindeststandards einzuhalten, insbesondere darf keine Zwangs- oder Pflichtarbeit eingesetzt und es dürfen keine Personen unter 14 Jahren, bei gefährlicher Arbeit keine Personen unter 18 Jahren beschäftigt werden.

15. Beendigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigem Grund

- 15.1 Erhebliche Verstöße gegen Ziff. 14 berechtigen die FHG zur Kündigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigem Grund.
- 15.2 Die FHG ist ferner zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt, wenn
 - sich der AN in Liquidation befindet;
 - der AN wegen einer nachweislichen schweren Verfehlung, z.B. Bestechung, § 334 Strafgesetzbuch (StGB), Subventionsbetrug, § 264 StGB oder ähnlichen Handlungen außerhalb korrekter geschäftlicher Gepflogenheiten als unzuverlässig anzusehen ist;
 - der AN im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf Zuverlässigkeit sowie Fachkunde und Leistungsfähigkeit abgegeben hat;
 - das Angebot des AN auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruht
- 15.3 Beendet die FHG den Vertrag gem. Ziff. 15.1, so ist sie berechtigt, die bisherigen Leistungen zurückzugeben. Den Wert nicht zurückgegebener Leistungen oder bereits in Anspruch genommener Leistungen hat sie dem AN anteilig im Rahmen des Vertragspreises zu vergüten. Für zurückgegebene Lieferungen hat der AN das dafür bereits gezahlte Entgelt an FHG zurückzuerstatten.
- 15.4 Der AN hat der FHG alle Schäden zu ersetzen, die unmittelbar oder mittelbar durch die Beendigung des Vertrags entstehen. Andere Rechte als Ansprüche auf Vergütung in Anspruch genommener Lieferungen oder Leistungen stehen dem AN auf Grund der Vertragsbeendigung nicht zu. Von den gesetzlichen Regelungen bleiben lediglich §§ 347 bis 351 und 354 BGB unberührt. Im Übrigen gilt § 7 Nr. 3 VOL/B.
- 15.5 Liegen wichtige Gründe nach Ziff. 15.1 oder 15.2 vor und hat der AN diese zu vertreten, so hat der AN der FHG eine Vertragsstrafe in Höhe von 5 % des Auftragswertes zu zahlen. Geringfügige Verstöße ziehen keine Vertragsstrafe nach sich. Schadensersatzansprüche nach Ziff. 15.4 bleiben unberührt.

16. Rücknahme- und Entsorgungspflicht nach ElektroG und VerpackG

Der Auftragnehmer steht für die in § 19 Abs. 1 des Elektrogesetzes und §§ 4 und 5 der Verpackungsverordnung enthaltenen Rücknahme- und Entsorgungspflichten ein und trägt etwaige im Zusammenhang damit stehende Kosten. Eine gemäß § 19 Abs. 1 Satz 4 ElektroG abweichende Vereinbarung wird nicht getroffen.

17. Ersatzteilkhaltung

Der AN verpflichtet sich, zusammen mit dem Liefergegenstand vollständige Ersatzteilunterlagen an die FHG zu übergeben und die darin bezeichneten Ersatzteile für einen Zeitraum von 5 Jahren, gerechnet ab dem Wareneingang bzw. falls eine Abnahme vorgesehen ist, vom Zeitpunkt der Abnahme des Liefergegenstandes, vorzuhalten. Auf Anforderung sind die Ersatzteile jederzeit gegen entsprechende Berechnung zu liefern. Bei Ersatzteilanforderungen darf der Preis des Teiles nicht höher sein als dieser in den übergebenen Ersatzteilunterlagen angegeben ist, jedoch kann für vom AN nicht zu vertretende, durch allgemeine Preis- und Lohnerhöhungen bedingte Kostensteigerungen ein angemessener Zuschlag berechnet werden.

18. Schutzrechte

Der AN stellt die FHG von Ansprüchen Dritter aus etwaigen von ihm zu vertretenden mittel- und unmittelbaren Schutzrechtsverletzungen frei.

19. Forderungsabtretung und Aufrechnung

- 19.1 Die Abtretung einer Forderung des AN gegen die FHG, auch innerhalb des Konzernverbunds des AN, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FHG.
- 19.2 Der AN hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

20. Anwendbares Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand

- 20.1 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- 20.2 Erfüllungsort für Lieferungen/Leistungen ist die im Auftrags schreiben angegebene Adresse. Erfüllungsort für Zahlungen ist München.

21. Sonstiges

Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hiervon die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Gleiches gilt im Fall einer Regelungslücke.

***** ENGLISCH *****

1. General terms

- 1.1 These Purchasing Terms are applicable to purchasing contracts, contracts for work and services and to hybrid forms of the same signed between Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. of Munich (hereinafter: "FhG") and the Contractor (hereinafter: "Contractor"). They apply in relation to companies, legal entities of public law and separate estate under public law (sec. 310 (1) of the (German) Civil Code (BGB)).
- 1.2 The contract signing is governed exclusively by the regulations cited in item 4.2. The Contractor's standard business terms do not become a component part of the contract. Anything else will only apply if FhG has expressly given its written consent. The tacit acceptance of the Contractor's deliveries and services as well as any payment by the Buyer do not signify any acceptance of Contractor terms to the contrary.

2. Bids

Bids must meet the specifications of the enquiry or invitation to bid. The expense of generating bids and transmitting supplemental documents or Information will not be compensated.

3. Prices

Prices are set prices without value-added tax. Delivery within Germany and other EU countries is DDP to the *named place of destination or to the named place at the place of destination* under Incoterms 2020, including unloading. From non-EU countries, delivery is DAP to the *place of receipt* under Incoterms 2020, including unloading. Unless otherwise agreed, Contractor must take out shipping insurance and bear the costs for this as well as the costs for customs and packing.

4. Order and order confirmation

- 4.1 The order/contract must be in writing. This also applies to changes. FhG may revoke the order if the Contractor fails to confirm it in writing within two weeks of receipt (order confirmation).
- 4.2 The following apply in the following sequence to fulfilment of FhG orders for supplies and services:
- The order document with the special contractual terms contained in it,
 - The contract documents (specifications and any eventual supplemental contract terms),
 - For contracts subject to VOL/A, UVgO or VgV: standard contract terms for execution of services (VOL/B) in the version applicable when the order is placed,
 - These SPT,
 - Relevant statutory and regulatory regulations and conditions including standardisation and accident prevention regulations such as CE, VDE or the Electrical and Electronic Equipment Act (ElektroG) etc., each in the version applicable on the date of delivery.

5. Farming out orders to third parties

Farming out orders to third parties and farming out parts of the order to subcontractors is not allowed without FhG's written consent. Any breach of this will entitle FhG to withdraw from the contract, either in full or in part.

6. Delivery deadline

The delivery deadlines specified by FhG are binding (relative firm deal). If missing the deadline is expected, the Contractor must immediately notify FhG of this in writing, giving the reasons for it and specifying the duration of the delay. Any eventual consequences of lateness will not be affected by such notification.

7. Ensuring deadlines

- 7.1 In case of lateness FhG is entitled, after prior warning, to claim late delivery compensation in the amount of 0.5% for every week of delay commenced of that part of the order that cannot be used, but only up to a total of 5% of the value of the order.
- 7.2 The right is reserved to assert damage compensation claims going beyond this.

8. Shipping, customs and export control

Delivery shall be made in accordance with the conditions specified in Article 3 and must be enclosed with a delivery ticket. For delivery from foreign customs jurisdictions the Contractor must contact the indicated point of use well enough in advance regarding customs clearance and import formalities. The Contractor must report the following to FhG in writing well enough in advance: the HS Code, the country of origin and, if requested to do so by FhG: supplier's declarations of preferential origin (for European contractors) or movement certificates (for contractors from non-European countries). Where applicable, the Contractor shall inform FhG, likewise well enough in advance and in writing, of: the registration of the goods to be delivered by an item of Annex I of the EC Dual-Use Regulation or of the German export list, the registration in the U.S. Commerce Control List (concrete ECCN or as "EAR99") or the USML (USML Classification No.). This information must be indicated in all relevant documents (in particular the bid, delivery ticket and invoice). The Contractor shall bear all expenses and damages that result to FhG owing to the lack or incorrectness of this information.

9. Acceptance

If acceptance is provided for, the corresponding proof will be incumbent upon the Contractor. If a trial run is provided for then acceptance will only be declared after a flawless trial run by means of a jointly signed record of acceptance.

10. Invoicing

- 10.1 All invoices must be addressed, with indication of the FhG order number, to the delivery or performance address indicated in the order document or to the invoice address indicated. As long as the FhG order number is missing the Contractor's claim to payment will not be due.
- 10.2 For every order a separate invoice must be issued. The invoices must be broken down in accordance with the order document. Partial and final invoices must be designated as such.
- 10.3 Our value-added tax identification number (UIN) is DE 129 515 865. The invoice issued must contain the UIN stated in the order.

11. Payments

- 11.1 Payment and early payment discount deadlines start to run at the earliest with receipt of the invoice and the goods; where acceptance is provided for, when the delivery or service is declared accepted.
- 11.2 FhG may only be declared late in paying by being given a warning. Sec. 286 (3) BGB (German Civil Code) does not apply.

12. Passing of risk

Risk passes to FhG upon receipt of the goods and, where acceptance is provided for, when acceptance of delivery or service is declared.

13. Liability for flaws

13.1 The specifications and functions as stipulated shall be deemed to be contractually guaranteed. The Contractor shall guarantee fulfilment thereof with

the consequence that in case of any non-fulfilment thereof he shall be liable not only for damage to the object of the contract itself but also for damage incurred to other legal assets (Sec. 14 No. 2 b) bb) VOL/B). This shall not apply if the Contractor is not liable for the breach of obligation that is causal for the damages.

- 13.2 The costs of remedying flaws to be borne by the Contractor comprise in any case expenditures for carrying out remedy of flaws as well as for packing, shipping and insurance costs.

13.3 Liability for flaws also relates to replacement deliveries and services including subsequent improvement work. The statute of limitations for the flaw claims is suspended upon receipt of the written reporting of the flaw until the Contractor has successfully remedied the flaw or rejected the claims to (additional) subsequent improvement. The statute of limitations for flaw liabilities starts to run again after remedy of the flaw.

14. Compliance with norms and standards

- 14.1 The Contractor must ensure that appropriate measures have been taken to prevent corruption and to prevent acceleration payments abroad and favours to elected representatives.
- 14.2 The Contractor must comply with the relevant laws of its country of registration as well as those of the countries where it operates in connection with its contracts with FhG. Should the regulations of the relevant countries contradict each other, then legislative norms shall take precedence over sub-legislative norms. If law is contradictory at the same level there shall be no breach of contract for compliance with one of the norms and the resulting breach of the other one. The Contractor shall be obliged, by prudent selection of its subcontractors and suppliers and reasonable monitoring of them, to work towards ensuring that they also do not commit breaches of law in connection with their contracts with FhG.
- 14.3 The Contractor shall furthermore be obliged to comply with the minimum standards set forth in the ILO core labour standards (www.ilo.org). In particular, no forced labour or compulsory labour may be used and no persons under the age of 14 may be employed, and no person under the age of 18 may be employed in dangerous work.

15. Termination of the contract for cause

- 15.1 Serious breaches of item 14 shall entitle FhG to cancel the contract for cause.
- 15.2 FhG shall furthermore be entitled to cancel the contract for cause if
- the Contractor is in the process of liquidation;
 - the Contractor must be considered to be unreliable due to any demonstrable serious misconduct, such as bribery, sec. 334 of the German Penal Code (StGB), subsidy fraud, sec. 264 StGB or similar actions outside of proper business customs;
 - the Contractor in tendering procedures has deliberately made inaccurate statements in regard to its reliability as well as its qualifications and performance capacity;
 - the Contractor's bid is based on collusion to restrict competition within the meaning of sec. 298 StGB.
- 15.3 If FhG terminates the contract according to the provisions of item 15.1 then it will be entitled to return any performance already rendered. It must compensate the Contractor pro rata in the framework of the contract price for the value of performance not returned or already availed of. For returned deliveries the Contractor must reimburse FhG for the compensation already paid.
- 15.4 The Contractor must compensate FhG for all damages directly or indirectly caused by termination of the contract. The Contractor will not be entitled to any other rights due to termination of the contract than claims to compensation for deliveries or services already availed of. Of statutory regulations only secs. 347 through 351 and sec. 354 BGB will remain unaffected. Sec. 7 (3) VOL/B will otherwise apply.
- 15.5 If there is cause according to item 15.1 or 15.2 and if the Contractor is liable for the same then the Contractor must pay FhG a contractual penalty in the amount of 5% of the value of the order. Damage compensation claims in accordance with item 15.5 will remain unaffected.

16. Obligation to retake and dispose of items under the Electrical and Electronic Equipment Act (ElektroG) and the Packing Ordinance (VerpackV)

The Contractor is responsible for obligations to retake and dispose of items contained in sec. 19 (1) ElektroG and in secs. 4 and 5 VerpackV and must bear any eventual costs incurred in connection therewith. No agreement differing from the provisions in sec. 19 (1) (4) ElektroG has been reached.

17. Provision of spare parts

The Contractor must put itself under an obligation to provide in connection with the item delivered complete spare parts documents to FhG and to maintain stocks of the spare parts indicated therein for a period of five years, reckoned from receipt of the goods and, where acceptance is provided for, from the date of acceptance of the delivery or service. Upon request, the spare parts are to be supplied at any time for a corresponding invoice. In case of spare parts requisitions the price of the part may not be higher than is indicated in the spare parts documents provided but for increased costs caused by rises in prices or salaries and for which the Contractor is not responsible an appropriate cost increment may be charged.

18. Intellectual property rights

The Contractor must hold FhG harmless against any third-party claims for direct or indirect breaches of intellectual property rights for which the Contractor is responsible.

19. Assignment of claims and setoff

- 19.1 Assignment of any of the Contractor's claims on FhG, including within the Contractor's consolidated corporate group, will require the prior written consent of FhG.
- 19.2 The Contractor will only be entitled to a right of setoff or retention for counterclaims that have been definitively adjudicated or are undisputed.

20. Applicable law, venue of performance and legal action

- 20.1 The law of the Federal Republic of Germany is applicable with the provisions of the UN Convention on the International Sale of Goods expressly barred.
- 20.2 The venue of performance for deliveries and services will be the address indicated in the order document. The venue of performance for payments is Munich.

21. Miscellaneous

Should one or more provisions be or become fully or partially without legal effect this will not impair the legal validity of the remaining provisions. The same will apply in case of a gap in provisions.